

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
I. Gegenstand der Untersuchung	19
II. Gang der Untersuchung	23

Erstes Kapitel

Historische Entwicklung und Bedeutung der Rechtsmittelverfahren und der Parteidisposition im Zivilprozess	26
A. Historie, Zweck und Verfassungsdimension der Rechtsmittelverfahren des Zivilprozesses	26
I. Ausgestaltung von zivilprozessualen Rechtsmittelverfahren in Vergangenheit und Gegenwart	26
1. Römisches Recht	26
a) Altrömische Periode und Zeit der römischen Republik	27
b) Prinzipatszeit	29
c) Die nachklassische Zeit und die justinianischen Kodifikationen	30
2. Prozessrecht im germanisch-deutschen Rechtskreis bis zum 15. Jahrhundert	32
3. Rechtsmittel im kanonischen Recht der Antike und des Mittelalters ...	34
4. Rechtsmittelrecht im Alten Reich seit der Reichskammergerichtsordnung 1495	35
5. Vom Ende des Alten Reichs bis zu den Reichsjustizgesetzen 1877	39
6. Die Civilprozeßordnung von 1877	43
7. Entwicklungslinien des Rechtsmittelrechts nach Inkrafttreten der einheitlichen Prozessordnung	45
8. Die ZPO-Reform von 2001	49
9. Aktuelle Entwicklungen bis zur Gegenwart	50
10. Zusammenfassung	53
II. Aufgabe und Funktion des Zivilprozesses im Allgemeinen und der Rechtsmittelverfahren im Besonderen	55
1. Vorbemerkung zur Diskussion um den Prozesszweck	56
2. Zweck des Zivilprozesses	58
a) Feststellung und Durchsetzung subjektiver Privatrechte	58
b) Bewährung des objektiven Rechts	61
c) Weitere Auffassungen zum Prozesszweck	62

d) Stellungnahme zur Prozesszwecklehre	64
3. Zwecke der Rechtsmittelverfahren	71
a) Fehlerkontrolle	71
b) Rechtseinheit und Rechtsfortbildung	72
c) Individualrechtsschutz durch Herbeiführung einer (erneuten) autori- tativen Streitentscheidung über einen konkreten Streitgegenstand ...	74
d) Primärzweck der Revision	76
e) Stellungnahme	78
4. Zusammenfassung	82
III. Disposition über den Instanzenzug und Gesamtrechtsordnung – Rahmenbe- dingungen aufgrund der Verfassung, der EMRK und sonstiger relevanter Rechtsnormen	83
1. Verfassung	84
a) Subjektives Recht auf einen Instanzenzug?	85
b) Parteiherrschaft im Zivilprozess und Verfassungsrecht	92
2. Europarecht im engeren Sinne	98
3. Völkerrecht	99
4. Zusammenfassung	102
IV. Zwischenfazit	103
B. Parteidisposition im Zivilprozess	105
I. Die Dispositionsmaxime und die Disposition über prozessuale Regeln	107
1. Die Dispositionsmaxime	107
a) Disposition über den Anfang des Verfahrens	107
b) Disposition über den Gegenstand des Verfahrens	109
c) Disposition über Ende des Verfahrens	112
aa) Einseitige Prozessbeendigung durch den Kläger	113
bb) Einseitige Prozessbeendigung durch den Beklagten	115
cc) Einvernehmliche Prozessbeendigung	116
d) Zusammenfassung	117
2. Disposition über prozessuale Regeln	118
II. Die Zulässigkeit von Prozessverträgen	119
1. Dogmatische Grundlagen des Prozessvertragsrechts	120
2. Geschriebene Regeln: die Schiedsvereinbarung	122
a) Schiedsfähigkeit	124
aa) Objektive Schiedsfähigkeit	124
(1) Liberalität der Regeln zur objektiven Schiedsfähigkeit	124
(2) Grenzen der objektiven Schiedsfähigkeit im Allgemeininte- resse	126
bb) Subjektive Schiedsfähigkeit	128
b) Formanforderungen	128

Inhaltsverzeichnis

c) Beschränkungen der Dispositionsfreiheit der Parteien im Schieds- verfahrensrecht	129
d) Exkurs: Instanzenzug im Schiedsverfahren	132
e) Zusammenfassung	133
3. Ungeschriebene Regeln zur Zulässigkeit von Prozessverträgen	133
a) Dispositives und zwingendes Prozessrecht	135
b) Das Verhältnis zwischen zwingendem materiellem Recht und pro- zessualer Disposition	143
c) Herstellung von Vertragsgerechtigkeit im Prozessvertragsrecht	145
d) Zusammenfassung	149
III. Zwischenfazit	150

Zweites Kapitel

Parteidisposition über den Instanzenzug	152
A. Instanzenzug und Attraktivität staatlicher Rechtspflege	152
I. Vorzüge des Instanzenzugs	153
1. Begrenzung von Richtermacht und Kontrolle richterlicher Entschei- dungen	153
2. Rechtsfortbildung und Rechtssicherheit	156
3. Sicherung der Verfahrenintegrität	158
4. Bürgernähe der Justiz und Akzeptanz staatlicher Gerichtsentschei- dungen	159
5. Effiziente Ressourcenallokation	160
II. Kehrseiten des Instanzenzugs	161
1. Lange Verfahrensdauer	162
2. Rechtsunsicherheit	166
3. Kostenbelastung	167
4. Mangel an Flexibilität	169
III. Die Antinomie von Partei- und Allgemeininteressen in Rechtsmittelver- fahren	170
1. Parteiherrschaft und rechtsfortbildende Entscheidung	172
a) Das Individualinteresse an der Verhinderung negativer Präjudizien ..	173
b) Die Implikationen der richterlichen Aufklärungs- und Hinweispflicht und des Primats der gütlichen Streitbeilegung	176
c) Die Bedeutung von Präjudizien für den Rechtsstaat	178
aa) Rechtseinheit und Rechtssicherheit	179
bb) Fortentwicklung des Rechts	181
cc) Effizienzsteigerung und Arbeitseinsparung innerhalb der Justiz	183
d) Reformvorschläge zur Vereinbarkeit von Parteiherrschaft und Prä- judizienbildung	183

aa) Begrenzung der Kommunikation zwischen Parteien und Gericht	185
bb) Publikation von Hinweisbeschlüssen und vorläufigen Rechtseinschätzungen	186
cc) Ansätze Hergenröders: Veröffentlichung von obiter dicta	192
dd) Ansätze Hergenröders: Verhinderung eines negativen Präjudizes als prozessuale Arglist	194
ee) Vorschlag Hodžićs: Verfahrensbeteiligung eines objektiven Dritten	196
ff) Vorlageverfahren zum Bundesgerichtshof	197
gg) Normbildung trotz Wegfalls des Entscheidungsinteresses der Parteien	201
hh) Anregung Limpergs: Musterfeststellungsantrag im Revisionsverfahren	206
ii) Stellungnahme	207
2. Parteiherrschaft und Zugang zur Rechtsmittelinstanz	211
a) Zwecke der Regulierung des Zugangs zur Rechtsmittelinstanz	212
aa) Generelle Ziele von Zugangsbeschränkungen zu den Rechtsmitteln	213
(1) Regulierung des Geschäftsanfalls bei den Rechtsmittelgerichten	213
(2) Ressourcenverteilung und -einsparung	214
bb) Modalitätsspezifische Ziele von Zugangsbeschränkungen zu den Rechtsmitteln	216
(1) Wertgrenze als Filter für Bagatellfälle	216
(2) Zulassungsgründe als der Erreichung von Rechtsmittelzwecken dienende Regelungselemente	219
cc) Keine Beschränkung des Zugangs zu den Rechtsmittelverfahren im Parteiinteresse	221
b) Beschränkungen des Zugangs zu einer Rechtsmittelinstanz	224
aa) Ausschluss bzw. Abschaffung eines Rechtsmittels	225
bb) Wertgrenze	226
cc) Difformität der vorinstanzlichen Entscheidungen	228
dd) Kombination einer allgemeinen Zulassungsrevision mit streitwertabhängigen Nichtzulassungsbeschwerde	229
c) Das Paradoxon einer Wertgrenze im zulassungsbasierten Revisionsverfahren	231
aa) Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde als Fremdkörper im Recht des Zugangs zur Revision	231
bb) Erfordernis einer Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde zur Entlastung des Bundesgerichtshofs?	235
cc) Reformdiskussionen um die Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde	237

Inhaltsverzeichnis

(1) Entlastung des Bundesgerichtshofs durch Regelungsinstrumente außerhalb des Wertkriteriums	238
(2) Anhebung der Wertgrenze	243
3. Zusammenfassung	244
IV. Zwischenfazit	245
B. Dispositionsbefugnisse der Parteien über den Instanzenzug im Einzelfall	246
I. Rechtsmittelverzicht	247
1. Rechtlicher Bedeutungsgehalt und Tragweite der Verzichtserklärung ..	247
2. Abgrenzung von anderen Dispositionsbefugnissen	249
a) Klageverzicht nach § 306 ZPO	249
b) Materiell-rechtlicher Verzicht	250
c) Beschränkung der Rechtsmittelanträge	250
d) Rechtsmittelrücknahme	251
3. Arten von Rechtsmittelverzichten	256
4. Rechtsnatur des vertraglichen Rechtsmittelverzichts: Prozessvertrag oder Rechtsgeschäft?	261
5. Wirksamkeit und Wirkungen von Rechtsmittelverzichten	263
6. Grenzen der Zulässigkeit von Rechtsmittelverzichten	268
a) Der antizipierte Rechtsmittelverzicht in der Zivilprozessordnung ...	269
b) Der antizipierte Verzicht auf die Beschwerde im Verfahren in Familiensachen	274
c) Einschränkungen der Disposition über eine Rechtsmittelinstanz im Interesse der verzichtenden Partei, des Prozessgegners oder der Allgemeinheit?	279
7. Sonstige Erscheinungsformen des Verzichts auf Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe der Zivilprozessordnung	280
a) Verzicht auf das Rechtsmittel der Revision	281
b) Verzicht auf das Rechtsmittel der Berufung durch Einlegung der Sprungrevision	282
c) Verzicht auf den Einspruch gegen ein Versäumnisurteil	284
8. Zusammenfassung	287
II. Rechtsmittelrücknahme	288
1. Grundlagen des Rechtsinstituts der Rechtsmittelrücknahme	288
2. Grenzen der Zulässigkeit der Rechtsmittelrücknahme	291
a) Berufungsinstanz	291
b) Revisionsinstanz	293
aa) Gesetzliche Ausgestaltung de lege lata	294
bb) Gestaltungsspielraum de lege ferenda?	296
cc) Exkurs: Klageanerkennnis in der Revisionsinstanz	301
3. Zusammenfassung	304
III. Zwischenfazit	305

Drittes Kapitel

Notwendigkeit und Möglichkeit der Reform der Disposition über eine Rechtsmittelinstanz und des Instituts des Instanzenzugs	307
A. Mikroebene: Disposition über eine Rechtsmittelinstanz	307
I. Optionen und Grenzen einer Reform der Ausgestaltung von Dispositions- befugnissen über eine Rechtsmittelinstanz	307
II. Konkrete Gestaltungsvorschläge	309
III. Erforderlichkeit der Beschränkung der Disposition über eine Rechtsmittel- instanz im öffentlichen Interesse?	310
B. Makroebene: Umgestaltung des Instanzenzugs als ein Element der Steigerung der Attraktivität der staatlichen Gerichtsbarkeit	315
I. Abschaffung des Instanzenzugs	316
II. Verkürzung des Instanzenzugs durch Abschaffung der zweiten Tatsachen- instanz	319
III. Beschränkung des Instanzenzugs im Bereich niedriger Streitwerte	322
IV. Verkürzung des Instanzenzugs im Bereich hoher Streitwerte	328
1. Ausgangslage: geringe Attraktivität der staatlichen Justiz für großvolu- mige Wirtschaftsstreitigkeiten	329
2. Vorschlag der fakultativen Verkürzung des Instanzenzugs	331
3. Beispiele für die Verkürzung von Instanzenzügen in zivilrechtlichen Streitigkeiten und in anderen Gerichtszweigen	332
4. Ausgestaltung des Instanzenzugs in Commercial Courts ausländischer Rechtsordnungen	336
5. Bewertung des Vorschlags eines Gesetzes zur Stärkung der Gerichte in Wirtschaftsstreitigkeiten (BR-Drs. 219/21)	340
Zusammenfassende Thesen	349
Literaturverzeichnis	355
Stichwortverzeichnis	388